60 Jahre Bundesvertriebenengesetz – eine Erfolgsgeschichte

Forderung nach Gedenken an deutsche Heimatvertriebene im Rahmen des internationalen Weltflüchtlingstags

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Plenarsitzung an diesem Donnerstag an die Verabschiedung des Bundesvertriebenengesetzes vor 60 Jahren erinnert. Heute kann man sich kaum mehr vorstellen was, es bedeutete, dass die junge Bundesrepublik, ein kriegszerstörtes Land, Millionen mittelloser Flüchtlinge und Vertriebene aufnehmen und integrieren musste. Geduld, Tatkraft und Optimismus der Menschen haben dabei viel bewirkt. Aber auch wegweisende politische Entscheidungen, zu denen ganz sicher auch das Bundesvertriebenengesetz gehört. Mit diesem Gesetz wurden die Weichen für die Integration und Zukunft vieler Millionen Menschen gestellt. Die Aufnahme und Eingliederung der etwa 12 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen ist eine deutsche Erfolgsgeschichte, die vor allem geprägt ist durch die Menschen, für die dieses Gesetz geschaffen wurde. Sie mussten ihre Heimat verlassen und konnten auf der Grundlage dieses Gesetzes einen neuen Anfang wagen. Sie haben hierfür eine bewundernswerte Gegenleistung erbracht. Trotz des Leidens und der Traumatisierung durch Flucht und Vertreibung haben sie nicht nur durch ihre Leistung zum Wohlstand in unserem Land beigetragen, sondern sich auch früh für eine Versöhnung mit den anderen europäischen Völkern eingesetzt. Das Gesetz aus dem Jahre 1953 sei ein Dokument für gelebte Solidarität in Deutschland, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich in einer Regierungserklärung zum Jahrestag. Die Vertriebenen hätten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur materiell wiederaufgebaut, sondern auch wesentlich an den geistig-moralischen Grundlagen der Freiheitsordnung mitgearbei- **Seite 2**

Gewalt in der Türkei einhellig verurteilt

Der Bundestag verurteilte in dieser Woche fraktionsübergreifend die Eskalation der Gewalt in der Türkei. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der Koalitionsfraktionen zeigten sich die Abgeordneten besorgt über das teils brutale Vorgehen der Polizei gegen die seit Wochen in Istanbul und weiteren Großstädten Protestierenden, die gegen die Politik von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan auf die Straße gehen. Außenminister Guido Westerwelle sprach von einem "falschen Signal", das die türkische Regierung in das eigene Land und nach Europa sende. Die von der Regierung Erdoğan vorangetriebene Modernisierung des Landes dürfe sich nicht nur auf die Wirtschaft beschränken, sondern müsse auch gesellschaftliche Pluralität und den Schutz der Bürgerrechte umfassen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz, machte in den Protesten in der Türkei Zeichen einer wachsenden Zivilgesellschaft aus, die sich nicht mehr vom Staat bevormunden lassen wolle. Polenz machte aber auch darauf aufmerksam, dass die Türkei in einer höchst instabilen Region einen "demokratischen und stabilen Staat" darstelle. Es sei zu hoffen, dass das Land seine strukturellen rechtsstaatlichen Defizite überwinde und die türkische Demokratie gestärkt aus der Krise hervorgehe.

Freiheits– und Demokratiepreis für Dr. Alfons Siegel aus Maselheim. Auf dem Foto: Josef Rief , Axel Fischer der Präsident der deutschen Abteilung der Weltliga für Freiheit und Demokratie (WLFD) bei der Preisverleihung an Dr. Siegel (r.), der u.a. Vorstand des Biberacher Arbeitskreises für Entwicklungspolitik ist.
Mehr auf Seite 3

„Jetzt mein Freund werden auf Facebook!“

Josef Rief ist auf Facebook mit einem persönlichen Profil und mit einer Fan-Page präsent.
www.facebook.com/josefriefmdb

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 15 73 21 (07351) 1 57 31

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

Fortsetzung von Seite 1

tet. Die Charta der Heimatvertriebenen stelle eine „große Geste des Friedens“ dar, sagte Friedrich am Donnerstag im Bundestag. Der CSU-Politiker hob die Versöhnungsbereitschaft der Vertriebenen mit den östlichen Nachbarländern hervor. Sie hätten damit Brücken gebaut, lange bevor es Gespräche auf staatlicher Ebene gegeben habe, sagte er. Das Bundesvertriebenengesetz regelt die Aufnahme, Betreuung und Eingliederung von Vertriebenen und Aussiedlern. Es ist ebenfalls die Grundlage für die Aufnahme und Integration von bisher 4,5 Millionen Spätaussiedlern aus den Staaten Ostmittel- und Südost-Europas. Es bildet das Fundament für die Unterstützung und Förderung der deutschen Minderheiten in den Herkunftsstaaten der Aussiedler. Auf seiner Grundlage stellen wir heute den Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes der Vertriebenen und Flüchtlinge sicher. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder erinnerte daran, dass die Vertriebenen in der Nachkriegszeit nicht überall in der Bundesrepublik willkommen gewesen seien. Sie hätten „Heimat, Unterkunft und Chancen gesucht“ wie viele andere Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg auch. Kauder berichtete, dass seine Eltern als Deutsche aus dem ehemaligen Jugoslawien vertrieben worden seien. Als „Kind von Vertriebenen“ habe er in seiner Schulzeit nicht „von Anfang an dazugehört“. Er habe selbst einen Beitrag leisten müssen, um in diese neue Gesellschaft hineinzuwachsen. Ohne den starken Willen zur Integration wäre die Aufgabe nicht gelungen, sagte Kauder. Die Nationalsozialisten seien für die Vertriebenen das „Unglück ihres Lebens“ gewesen, berichtete der Fraktionsvorsitzende. Seine Mutter habe ihm damals gesagt: „Wenn die Nazis nicht gekommen wären, hätten wir ein anderes Leben führen können.“ Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg Thomas Strobl erinnerte daran, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatsminister Bernd Neumann den Beginn des Baus des Dokumentationszentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Berliner Deutschlandhaus eingeläutet haben. Dieser Baubeginn sei im Hinblick auf die Erinnerungskultur in Deutschland vor allem für die jüngere Generation ein bedeutendes Ereignis. Jeder vierte Deutsche habe Wurzeln in den ehemaligen deutschen Gebieten oder Siedlungsräumen, und die nachfolgenden Generationen interessierten sich für das Leben ihrer Vorfahren. „Wir als Union haben uns lange einen eigenen Gedenktag für die Vertreibung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg gewünscht. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Versöhnung in Deutschland inzwischen so weit fortgeschritten ist, dass dem Schicksal von vielen Millionen Deutschen, das sich als Folge des Zweiten Weltkrieges ergab, frei von revisionistischen Gedanken gedacht werden kann. Gleichzeitig sind wir uns unserer historischen Verantwortung bewusst. Wir wissen, etwa durch die Berichte aus Syrien, dass solches Leid auch heute Millionen von Menschen heimsucht.“ Nach einem vom Bundestag verabschiedeten Antrag der Koalitionsfraktionen wird sich die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen dafür einsetzen, den Weltflüchtlingstag am 20. Juni um das Gedenken an Heimatvertriebene zu ergänzen. Dieser Gedenktag soll dann auch in Deutschland begangen werden. ■

Gedenken an die Opfer des DDR-Volksaufstands

Mit einer Gedenkveranstaltung im Berliner Tränenpalast hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Woche an den DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erinnert. Vor Zeitzeugen und Vertretern von Opferverbänden gedachten die Teilnehmer mit einer Schweigeminute der Opfer des Aufstandes. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, der Aufstand des 17. Juni 1953 sei ebenso wie die friedliche Revolution vom Herbst 1989 Teil der deutschen Freiheitsgeschichte. Am 17. Juni 1953 gingen in rund 700 Städten und Gemeinden der DDR mehr als eine Million Menschen auf die Straße. Aus anfangs sozialen Protesten entwickelte sich der Ruf nach Demokratie und Freiheit. Der Aufstand wurde mit sowjetischen Panzern blutig niedergeschlagen. Über 50 Menschen starben, sieben wurden hingerichtet, etwa 1.600 zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt. Kauder sagte, ihn erinnere der Ort der Veranstaltung – der Berliner Tränenpalast – an die schmerzhafte Begrenzung der Freiheit, die die Menschen in der ehemaligen DDR erleiden mussten. „Tränenpalast“ ist der Name, den der Volksmund der Ausreisehalle am Grenzübergang Friedrichstraße im geteilten Berlin gab. Der Fraktionsvorsitzende wies darauf hin, dass junge Menschen heute den Wert der Freiheit oft nicht mehr genügend schätzen. Der lange Kampf der Deutschen um Würde und Freiheit verpflichte aber dazu, weltweit den Menschen beizustehen, die genau dafür kämpften.

THW-Präsident bei der CDU-Landesgruppe BW

Mit einem Lagevortrag zur Situation in den Hochwassergebieten begann der gerade aus der überfluteten Stadt Deggendorf angereiste Präsident des Technischen Hilfswerks (THW) Albrecht Broemme seine Ausführungen vor der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag. Mit den Bundestagsabgeordneten, unter ihnen neben dem Vorsitzenden der Landesgruppe Thomas Strobl auch der Ehrenpräsident der THW-Bundesvereinigung, der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel, diskutierte Broemme anschließend über die Fähigkeiten des THW in der Gefahrenabwehr. Der Präsident der THW-Landesvereinigung Baden-

Seite 3

Württemberg e.V., der Bundestagsabgeordnete Clemens Binninger und der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Bundestagsfamilienausschuss Markus Grübel regten eine verbesserte Einbeziehung des Engagements von Ehrenamtlichen beim THW in den Bundesfreiwilligendienst an. Auch der Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, der Abgeordnete Roderich Kiesewetter, berichtete von Planungen einer noch engeren Verzahnung von Reservisten mit dem THW im Katastrophenschutz. Nach dem Gedankenaustausch sagte der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Thomas Strobl THW-Präsident Broemme die volle Unterstützung der Landesgruppe zu. Im Hinblick auf die von Hochwasser betroffenen Gebiete sagte Strobl: „Gerade jetzt zeigt sich wieder, wie wichtig der Erhalt der Einsatzfähigkeit des THW auf hohem Niveau für den Bevölkerungsschutz und wie wertvoll die Arbeit der zigtausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des THW ist. Wir sind stolz auf unser THW. Unser Dank gilt allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Einsatzkräften“ Hintergrund: Das THW hat deutschlandweit über 80.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die von nur etwa 800 hauptamtlichen THW-Mitarbeitern bei ihren Einsätzen unterstützt werden.

Zitat

«Ein richtiges Ergebnis, das mit einem fehlerhaften Verfahren zustande gekommen ist, ist für mich allerdings kein Rücktrittsgrund, sondern Anlass und Ansporn, derartige Fehler in Zukunft zu vermeiden.»

(Verteidigungsminister Thomas de Maizière am Montag zum Thema Euro Hawk) ■

14.06.2013 Karl-Arnold-Schule in Berlin
Eine Gruppe der Karl-Arnold-Schule in Biberach besuchte Josef Rief im Bundestag in Berlin. Kurzfristig konnte ermöglicht werden, dass die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrer an einer Gedenkstunde des Bundestages für den Volksaufstand in der DDR vor 60 Jahren, am 17. Juni 1953, mit Bundespräsident Gauck teilnehmen konnten. Im Anschluss sprach Rief mit den Besuchern, bevor er sie durch die Gebäude des Bundestages führte. Am Abend stand noch die Besichtigung der Reichstagskuppel auf dem Programm.

12.06.2013 Dr. Alfons Siegel erhält Freiheits- und Demokratiepreis
Dr. Alfons Siegel aus Maselheim hat für sein jahrzehntelanges Engagement im Einsatz für Frieden, Demokratie und Freiheit sowie in der Entwicklungshilfe den Freiheits- und Demokratiepreis der deutschen Abteilung der Weltliga für Freiheit und Demokratie erhalten. Schön, dass wir solch engagierte Menschen im Kreis Biberach haben! Herr Dr. Siegel ist u.a. Vorstand des Arbeitskreises Entwicklungspolitik Biberach.
Nach der feierlichen Preisverleihung gab es für die Preisträger ein kurzes Zusammentreffen mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auf dem Foto (v.l.n.r.) Josef Rief MdB, Dr. Alfons Siegel, Manfred Werner, Dr. Angela Merkel MdB, Klaus Bühler, Olaf Gutting MdB, Axel Fischer MdB

Nächster Sprechtag von Josef Rief:
19. Juni von 15.30 - 18.00 Uhr im Wahlkreisbüro in Biberach, Braithweg 27